



Vorlagennummer: 0362/2026-1
Vorlageart: Beschlussvorlage
Status: öffentlich

Verabschiedung des Doppelhaushalts 2026/2027 sowie des Haushaltssicherungskonzeptes unter Berücksichtigung der Veränderungen aus der 1. Veränderungsliste

Datum: 05.05.2026
Freigabe durch: Dennis Rehbein (Oberbürgermeister), Bernd Maßmann (Stadtkämmerer)
Federführung: FB20 - Finanzen und Controlling
Beteiligt:

Beratungsfolge

Gremium	Geplante Sitzungstermine	Öffentlichkeitsstatus
Haupt- und Finanzausschuss (Vorberatung)	07.05.2026	Ö
Rat der Stadt Hagen (Entscheidung)	21.05.2026	Ö

Beschlussvorschlag

1. Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Hagen beschließt unter Berücksichtigung der in der Vorlage und der 1. Veränderungsliste dargestellten Änderungen und Ergänzungen den Haushaltsplanentwurf 2026/2027 einschließlich der Änderungen des Haushaltssicherungskonzeptes 2026/2027.

2. Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Hagen beauftragt die Verwaltung, die daraus resultierende Haushaltssatzung dem Rat am 21. Mai 2026 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Sachverhalt

1. Haushaltsplanentwurf mit 1. Veränderungsliste

Der Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 wurde am 27.02.2026 mit der Drucksachennummer 0118/2026 eingebracht. Mit der Drucksachennummer 0362/2026 wurde die 1. Veränderungsliste zum Stand 27.04.2026 versandt. Danach haben noch einige Sitzungen der Bezirksvertretungen/Ausschüsse/Beiräte stattgefunden. Weiterhin haben sich drei Änderungsbedarfe aus der Verwaltung ergeben. (Anlage 2 und 3)

2. Änderungsbedarfe aus der Verwaltung

a) Für das Haushaltssicherungskonzept 2026 wird die Maßnahme 26_55.001 zur Streichung vorgeschlagen. Die Maßnahmen im Kinder- und Jugendförderplan 2026-2030 überschreiten die bisherigen Ansätze deutlich, so dass hier keine HSK-Maßnahme realisiert werden kann.

b) Baumaßnahmen Rathaus I – Einrichtung der Stadtwache
Der Mittelbedarf hat sich durch eine neue Kostenschätzung um insgesamt 115.000 € erhöht. (15.000 € in 2026 und 100.000 € in 2027)

c) Photovoltaikanlagen auf städtischen Dächern



Aus Gründen der Transparenz hat man sich gegen die Bildung von Ermächtigungsübertragungen entschieden, da diese Maßnahme noch nicht begonnen wurde. Stattdessen sollen die Mittel zusätzlich zum bestehenden Ansatz in 2026 für die Folgejahre eingeplant werden. (je 1.000.000 € für 2027 und 2028) Vor Umsetzung der Maßnahmen wird eine politische Beteiligung erfolgen, in der auch eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung vorangestellt wird, um eine ganzheitliche Betrachtung zu ermöglichen.

3. Beschlüsse aus den Bezirksvertretungen/Fachausschüssen/Beiräten

Die Beschlüsse aus den Bezirksvertretungen, Fachausschüssen sowie Beiräten sind in Anlage 1 beigefügt. Hier sind zur Gesamtübersicht alle Beschlüsse enthalten.

a) Es wird empfohlen dem Beschluss der BV Hohenlimburg zur „Instandsetzung des Bodens der Rundturnhalle“ vom 04.05.2026 zu folgen:

„Die Verwaltung wird aufgefordert, die Sanierung des defekten Hallenbodens der Rundturnhalle Hohenlimburg mit absoluter Priorität zu behandeln. Damit die Instandsetzungsarbeiten umgehend beginnen können und zeitnah abgeschlossen sind, müssen Umfang und Kosten der Arbeiten unverzüglich ermittelt, die Kosten dafür im Haushalt 2026/2027 berücksichtigt und weniger dringende Arbeiten in anderen Bereichen hintangestellt werden.“

Stellungnahme: Es handelt sich hierbei um eine pflichtige Maßnahme zur Aufrechterhaltung der Gebädefunktion. Der Kostenrahmen wird aktuell noch erstellt, hier liegen noch einige Unwägbarkeiten und Risiken vor. Nach ersten Schätzungen beläuft sich das notwendige Finanzvolumen auf 1.200.000 €. Dies stellt einen wesentlichen Anteil des Bauunterhaltungsbudgets dar, so dass eine Finanzierbarkeit auch unter Heranziehung von Priorisierungen nicht gewährleistet werden kann. Es wird daher empfohlen, diesen Betrag im Teilplan 0130 Gebäudewirtschaft unter den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen für 2026 zusätzlich einzuplanen.

b) Es wird empfohlen dem Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 15.04.2026 zu folgen:

„Den Mehrkosten zur Errichtung einer dreigruppigen Kindertageseinrichtung und zur Schaffung dringend benötigter Büroflächen in der Immobilie Prentzelstr. 6, wird vorbehaltlich der Beschlussfassung des Rates zur Haushaltsplanung 2026/2027 zugestimmt.“

Stellungnahme: Es handelt sich hierbei um eine laufende Maßnahme. Damit der Baufortschritt nicht zum Erliegen kommt, sind die zusätzlichen Mittel zwingend erforderlich. Daher wird auch aus Verwaltungssicht die Beschlussfassung empfohlen.

4. Weitere Beschlussempfehlungen

Die Verwaltung empfiehlt den übrigen Beschlussempfehlungen nicht zu folgen. Es handelt sich hierbei größtenteils um die Einrichtung oder Ausweitung freiwilliger Leistungen ohne Kompensationen und um nicht mit dem Straßen- und Wegekonzept vereinbare Maßnahmen. Die Beschlüsse sowie die Stellungnahmen dazu sind in der Anlage 1 beigefügt.



HAGEN

Stadt der FernUniversität
Der Oberbürgermeister

Auswirkungen

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)

☒ sind nicht betroffen

Kurzerläuterung:

Auswirkungen auf den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung

(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)

☒ keine Auswirkungen (o)

Kurzerläuterung und ggf. Optimierungsmöglichkeiten:

(Optimierungsmöglichkeiten nur bei negativen Auswirkungen)

Finanzielle Auswirkungen

(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)

☒ Es entstehen weder finanzielle noch personelle Auswirkungen.

1. Rechtscharakter

☒ Beschluss RAT, HFA, BV, Ausschuss, sonstiges

Anlage/n

1 - Anlage 1 - Beschlüsse (öffentlich)

2 - Anlage 2 - Änderungen (öffentlich)

3 - Anlage 3 - HSK 2026 (öffentlich)

Beschlüsse aus den Bezirksvertretungen, Fachausschüssen und Beiräten:

Bezirksvertretung Eilpe/Dahl, 03.03.2026:

Die Bezirksvertretung Eilpe/Dahl empfiehlt dem Rat, den Doppelhaushalt 2026/2027 bezüglich der in der Anlage genannten Teilpläne zu beschließen.

Die Herstellungskosten zur beschlossenen Einrichtung einer Hundewiese auf der Grünfläche im Eilper Grünzug, östlich des Sportplatzes des TSV Fichte, sind in den Doppelhaushalt 2026/2027 einzustellen (s. Vorlage 0622/2023).

Stellungnahme: Es handelt sich hier um keine pflichtige Maßnahme, zu der darüber hinaus keine Kompensation benannt wurde.

Bezirksvertretung Hohenlimburg, 05.03.2026 und 04.05.2026

Die vorhandene behindertengerechte Toilette am Neuen Marktplatz wird während der Öffnungszeiten der Geschäfte geöffnet und täglich gereinigt. Die dafür anfallenden Kosten werden im Haushalts 2026/2027 berücksichtigt.

Stellungnahme: Die zu erwartenden (Folge-) Kosten zur Betreibung der Toilette wie beispielsweise die tägliche Reinigung sind in den vergangenen Jahren um knapp 33 Prozent gestiegen und würden den Haushalt noch zusätzlich belasten.

Die Verwaltung wird beauftragt, im Haushalt 2026/2027 die für die Reparatur der Rathaus-Uhr Hohenlimburg verauslagten Mittel einzustellen und der Bezirksvertretung entsprechend wieder zur Verfügung zu stellen.

Stellungnahme: Die Reparatur der Rathausuhr war baulich nicht erforderlich und musste aufgrund der Haushaltslage ausbleiben, jedoch erfolgte die Übernahme der Kosten in 2025 aus den BV Mitteln. Eine Rückerstattung ist weiterhin nicht finanzierbar.

Die Bezirksvertretung Hagen-Hohenlimburg empfiehlt dem Rat, den Doppelhaushalt 2026/2027 bezüglich der in der Anlage genannten Teilpläne zu beschließen.

Ferner stellt die Bezirksvertretung drei Anträge:

1. Beschluss zum Sachantrag „Erhalt des Teilstandorts Reh der Grundschule Im Kley und Erneuerung der dortigen Pavillonanlage“

Die Bezirksvertretung Hohenlimburg bekräftigt ihren einstimmigen Beschluss vom 14. November 2024, wonach der Teilstandort Reh der Grundschule Im Kley dauerhaft erhalten bleibt. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss der BV Hohenlimburg vom 18. April 2024 sowie den ebenfalls einstimmigen Ratsbeschluss vom 16. Mai 2024 zur Erneuerung der Pavillonanlage am Teilstandort Reh mit den im Haushaltsplan 2024/2025 eingestellten Mitteln unverzüglich umzusetzen. Planungen zur Schließung des Standortes werden nicht weiter verfolgt.

Stellungnahme: Die Pavillionenenerneuerung der Grundschule Reh ist im Haushaltsplan berücksichtigt.

2. Beschluss zum Sachantrag „Bauprojekte Feldstraße und Zimmerbergstraße“

Die Maßnahmen „Straßenbauprojekt Feldstraße“ (Maßnahme 5000584) sowie „Straßenbauprojekt Zimmerbergstraße“ (Maßnahme 5000620) werden nicht zurückgestellt, sondern wie ursprünglich vorgesehen im Zeitraum 2026/27 geplant und ausgeführt.

Stellungnahme: Die Straßenerneuerungen werden im Rahmen des Straßen- und Wegekonzeptes durchgeführt. Dieses sieht eine Erneuerung der Feldstr. in 2028 vor, ein Vorziehen der Maßnahme ist nicht möglich, da bis dahin anderen Straßen im Rahmen des Straßen- und Wegekonzeptes eine höhere Priorität eingeräumt wurde.

Für die Straßenerneuerung der Zimmerbergstraße ist eine Erneuerung im Zeitraum von 2028 bis 2032 vorgesehen. Aufgrund des Zustands sind andere Straßenerneuerungen im Straßen- und Wegekonzept jedoch prioritär zu betrachten.

3. Beschluss zum Sachantrag „Instandsetzung des Bodens der Rundturnhalle“

Die Verwaltung wird aufgefordert, die Sanierung des defekten Hallenbodens der Rundturnhalle Hohenlimburg mit absoluter Priorität zu behandeln. Damit die Instandsetzungsarbeiten umgehend beginnen können und zeitnah abgeschlossen sind, müssen Umfang und Kosten der Arbeiten unverzüglich ermittelt, die Kosten dafür im Haushalt 2026/2027 berücksichtigt und weniger dringende Arbeiten in anderen Bereichen hintangestellt werden.

Stellungnahme: Es handelt sich hierbei um eine pflichtige Maßnahme zur Aufrechterhaltung der Gebäudefunktion. Der Kostenrahmen wird aktuell noch erstellt, hier liegen noch einige Unwägbarkeiten und Risiken vor. Nach ersten Schätzungen beläuft sich das notwendige Finanzvolumen auf 1.200.000 €. Dies stellt einen wesentlichen Anteil des Bauunterhaltungsbudgets dar, so dass eine Finanzierbarkeit auch unter Heranziehung von Priorisierungen nicht gewährleistet werden kann. Es wird daher empfohlen, diesen Betrag im Teilplan

0130 Gebäudewirtschaft unter den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen für 2026 zusätzlich einzuplanen.

Seniorenbeirat, 18.03.2026

Der Seniorenbeirat empfiehlt dem Rat, den Doppelhaushalt 2026/2027 bezüglich der in der Anlage genannten Teilpläne zu beschließen.

Bezirksvertretung Hagen-Nord, 25.03.2026

Die Bezirksvertretung Hagen-Nord empfiehlt dem Rat, den Doppelhaushalt 2026/2027 bezüglich der in der Anlage genannten Teilpläne zu beschließen.

Frauenbeirat (0134/2026), 14.04.2026:

Empfehlungsbeschluss/Ergänzungsbeschluss:

- Soziale Maßnahmen sind zu bewahren und prioritär weiterzuentwickeln, insbesondere zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt.
Der Frauenbeirat bittet die Politik, durch eine Priorisierung von Maßnahmen geeignete finanzielle Mittel bereit zu stellen, um bestehende Angebote aufrechtzuerhalten.
- Der Frauenbeirat bittet die Politik, die bereits im vergangenen Jahr vom Rat der Stadt Hagen beschlossenen finanziellen Mittel bereitzustellen, um die Koordinierungsstelle Istanbul Konvention mit mindestens einer halben Stelle zu besetzen.
- Der Frauenbeirat nimmt die geplante Kürzung des Verhütungsmittelfonds (VMF) zur Kenntnis und bittet die Politik, den Fonds in voller Höhe **von 30 000 Euro** zu erhalten.

Jugendhilfeausschuss, 15.04.2026:

1. Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, den Doppelhaushalt 2026/2027 bezüglich der in der Anlage genannten Teilpläne zu beschließen.

2. Ergänzend empfiehlt der Jugendhilfeausschuss dem Haupt- und Finanzausschuss und nachfolgend dem Rat, im Rahmen der HH-Plan-Beratung die nach dem neuen Jugendförderplan vorgesehenen Kürzungen für die im Folgenden genannten fünf Einrichtungen in der Form zurückzunehmen, dass die alten Fördersummen inklusive einer jährlichen 3-prozentigen Erhöhung für die kommenden Jahre beibehalten bleiben:

- a) Jugendcafé Kabel
- b) Jugendforum Halden
- c) Jugendcafé Real
- d) East-West-East
- e) Wildwasser

Stellungnahme: Es handelt sich hierbei um eine Ausweitung von freiwilligen Maßnahmen, die ohne Kompensation nicht gedeckt werden können.

Beschluss aus Vorlage 0238/2026:

Den Mehrkosten zur Errichtung einer dreigruppigen Kindertageseinrichtung und zur Schaffung dringend benötigter Büroflächen in der Immobilie Prentzelstr. 6, wird vorbehaltlich der Beschlussfassung des Rates zur Haushaltsplanung 2026/2027 zugestimmt.

Stellungnahme: Da es sich um eine laufende Maßnahme handelt, ist die Einplanung - um den Baufortschritt nicht zum Erliegen zu bringen - zwingend erforderlich.

Bezirksvertretung Mitte, 16.04.2026:

Die Bezirksvertretung Hagen/Mitte empfiehlt dem Rat, den Doppelhaushalt 2026/2027 bezüglich der in der Anlage genannten Teilpläne zu beschließen.

Bezirksvertretung Haspe, 16.04.2026:

Die Bezirksvertretung Hagen-Haspe empfiehlt dem Rat der Stadt Hagen, den Doppelhaushalt 2026/2027 unter Berücksichtigung folgender Änderungs- und Ergänzungsanträge zu beschließen:

Straßenausbau „Büddingstraße“

– Die Maßnahme ist neu in den Haushalt aufzunehmen.

Straßenausbau „Jungfernbruch“ -

– Die Maßnahme ist neu in den Haushalt aufzunehmen.

Stellungnahme: Die Straßenausbau-Maßnahmen müssen im Rahmen des Straßen- und Wegekonzeptes koordiniert werden.

Abriss des Kiosk „Nordstraße / An der Hütte“
– Haushaltsmittel sind im Jahr 2026 bereitzustellen.

Stellungnahme: Die Bauruine der Nordstr. 21 ist noch nicht in unserem Eigentum. Mittel für den etwaigen Abriss müssen daher unterjährig bereitgestellt werden.

Flächensanierung „Nordstraße 14“ - 5 000 913

– Es ist sicherzustellen, dass ein Eigenanteil in Höhe von 20 % bereitgestellt wird; sofern dies nicht der Fall ist, sind entsprechende Haushaltsmittel zu etatisieren.

Stellungnahme: Es sind 50.000 € eingeplant, was 20 % der voraussichtlich anfallenden Kosten für die Beauftragung des Gutachtens entspricht, das das Ziel hat, einen Sanierungsplan für die Nordstr. 14 zu erstellen. Die eigentliche Sanierung setzt im Anschluss einen 2. öffentl. Vertrag mit dem AAV voraus. Dies wird sicherlich zwei Jahre in Anspruch nehmen, so dass eine weitere Einplanung aktuell weder möglich, noch nötig ist.

Beirat für Menschen mit Behinderungen, 22.04.2026

Der Beirat für Menschen mit Behinderungen empfiehlt dem Rat der Stadt Hagen, den Doppelhaushalt 2026/2027 nicht zu beschließen.

Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration, 24.04.2026

Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration empfiehlt dem Rat, den Doppelhaushalt 2026/2027 bezüglich der in der Anlage genannten Teilpläne zu beschließen.

Kultur- und Weiterbildungsausschuss. 28.04.2026:

Der Kultur- und Weiterbildungsausschuss empfiehlt dem Rat, den Doppelhaushalt 2026/2027 bezüglich der in der Anlage genannten Teilpläne zu beschließen.

Sport- und Freizeitausschuss, 28.04.2026:

Der Sport- und Freizeitausschuss empfiehlt dem Rat, den Doppelhaushalt 2026/2027 bezüglich des in der Anlage genannten Teilplans zu beschließen.

Gleichzeitig spricht sich der Ausschuss dafür aus, die Maßnahmen: Umrüstung Beleuchtung Ischelandhalle: 5000976 und Umkleidegebäude Höing: 5000496 im Haupt- und Finanzausschuss gesondert zu beraten und gegebenenfalls eine

abweichende Entscheidung zu treffen. In diesem Zusammenhang wird angeregt, die für diese Maßnahmen vorgesehen Haushaltsmittel im Sinne der Förderung des Sports anderweitig zur priorisieren bzw. umzuschichten.

Stellungnahme: Über den Umgang mit den Maßnahmen Umrüstung Beleuchtung Ischelandhalle sowie Umkleidegebäude Höing soll der HFA beraten. Maßnahmen, die aus der Sportpauschale finanziert werden sollten und nicht mehr umgesetzt werden sollen, stehen betraglich wieder in der Sportpauschale zur Verfügung.

Schulausschuss, 30.04.2026:

Der Schulausschuss empfiehlt dem Rat, den Doppelhaushalt 2026/2027 bezüglich der in der Anlage genannten Teilpläne zu beschließen.

Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr, 30.04.2026:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat, den Doppelhaushalt 2026/2027 bezüglich der in der Anlage genannten Teilpläne zu beschließen.

Infrastrukturausschuss, 04.05.2026:

Der Infrastrukturausschuss empfiehlt dem Rat, den Doppelhaushalt 2026/2027 bezüglich des in der Anlage genannten Teilplans zu beschließen.

Naturschutzbeirat, 05.05.2026:

Der Naturschutzbeirat empfiehlt dem Rat, den Doppelhaushalt 2026/2027 bezüglich der in der Anlage genannten Teilpläne zu beschließen.

Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie, 05.05.2026

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie empfiehlt dem Rat, den Doppelhaushalt 2026/2027 bezüglich des in der Anlage genannten Teilplans unter Berücksichtigung der heute beschlossenen Anträge zu beschließen.

1. Sachantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Einrichtung einer 0,5 VZÄ-Stelle zur Koordinierung der Umsetzung der Istanbul-Konvention:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie empfiehlt dem Rat der Stadt Hagen, im Doppelhaushalt 2026/2027 eine Personalstelle im Umfang von 0,5 VZÄ beim Fachbereich Jugend und Soziales einzurichten. Die Stelle dient der zentralen Koordinierung und Umsetzung der Istanbul-Konvention auf kommunaler Ebene, wie am 03.07.2025 im Stadtrat beschlossen.

Sie soll stellenplanneutral geschaffen werden oder durch Fördermittel finanziert werden.

Der SID beauftragt die Verwaltung, die entsprechenden Förderanträge zu stellen. Eine Berichterstattung im SID soll jährlich erfolgen.

Stellungnahme: Die Ausweitung der Personalkapazität im Stellenplan würde den Haushalt dauerhaft zusätzlich belasten, daher wird die stellenplanneutrale Auswirkung begrüßt. So kann aber auch eine mögliche Einsparung nicht realisiert werden.

2. Sachantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Verhütungsmittelfonds:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie beschließt das Beibehalten des Verhütungsmittelfonds in Höhe von 30.000 € und empfiehlt dem Rat der Stadt Hagen eine Ansatzausweitung um 15.000 €.

Stellungnahme: Die Rücknahme der Kürzung des Verhütungsmittelfonds zu 15.000 € pro Jahr würde den Haushalt zusätzlich belasten. Aus Sicht der Verwaltung wird daher eine Ablehnung empfohlen.

3. Sachantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur HSK-Maßnahme „Drachenherz“:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie lehnt die HSK-Maßnahme „Kürzung des Zuschussbudgets für das Blaukreuz-Zentrum Hagen“ ab und empfiehlt dem Rat der Stadt Hagen, dies ebenfalls zu tun und darüber hinaus eine jährliche 3-prozentige Erhöhung ab 2027 im Doppelhaushalt 2026/2027 festzuschreiben.

Drachenherz wird dem SID regelmäßig einen Sachstandsbericht geben.

Stellungnahme: Die Rücknahme der HSK-Maßnahme ab 2027 sowie die zusätzliche Erhöhung um jährlich weitere drei Prozent würde den Haushalt zusätzlich belasten. Aus Sicht der Verwaltung wird daher eine Ablehnung empfohlen.

Umweltausschuss, 06.05.2026

Der Umweltausschuss empfiehlt dem Rat, den Doppelhaushalt 2026/2027 bezüglich der in der Anlage genannten Teilpläne zu beschließen.

Aktueller Stand des Doppelhaushaltes

Betragliche Veränderungen im Ergebnisplan zum Entwurf

Planjahr	2026	2027	2028	2029	2030
Entwurf Haushaltseinbringung 26.02.2026	-53.140.251	-85.403.396	-78.235.020	-71.369.245	-63.697.705
Veränderungen aus 1. Veränderungsliste (Anlage 2 - 0362/2026)	-18.733.013	-448.820	104.597	135.266	77.496
Veränderung laut vorliegender Liste	-1.200.000	0			
Aktueller Stand zum Redationsschluss Vorlagenversand	-73.073.264	-85.852.216	-78.130.423	-71.233.979	-63.620.209

Veränderungen	Teilplan	2026	2027	Begründung
Berücksichtigte Veränderungen aus politischen Beschlüssen				
Rundturnhalle		-1.200.000,00		Es handelt sich hierbei um eine pflichtige Maßnahme zur Aufrechterhaltung der Gebädefunktion. Der Kostenrahmen wird aktuell noch erstellt, hier liegen noch einige Unwägbarkeiten und Risiken vor. Nach ersten Schätzungen beläuft sich das notwendige Finanzvolumen auf 1.200.000 €. Dies stellt einen wesentlichen Anteil des Bauunterhaltungsbudgets dar, so dass eine Finanzierbarkeit auch unter Heranziehung von Priorisierungen nicht gewährleistet werden kann. Es wird daher empfohlen, diesen Betrag zusätzlich einzuplanen.
Summe der berücksichtigten Sachverhalte		-1.200.000,00	0,00	

Veränderungen

+ Haushaltsverbesserungen durch Minderaufwand bzw. Mehrertrag

- Haushaltsverschlechterung durch zusätzlichen Aufwand bzw. Minderertrag

Aktueller Stand des Doppelhaushaltes

Betragliche Veränderungen von Investitionen zum Entwurf

Veränderungen
+ Verbesserungen durch Minderauszahlungen bzw. Mehreinzahlungen
- Verschlechterung durch Mehrauszahlungen bzw. Mindereinzahlungen

Wesentliche Veränderungen	Teilplan	2026	2027	Begründung
Änderungen der Verwaltung				
Baumaßnahmen Rathaus I – Einrichtung der Stadtwache Auszahlungen für Baumaßnahmen	0130	-15.000,00	-100.000,00	Der Mittelbedarf hat sich durch eine neue Kostenschätzung um insgesamt 115.000 € erhöht.
Photovoltaikanlagen auf städtischen Dächern Auszahlungen für Baumaßnahmen	0130	0,00	-1.000.000,00	Aus Gründen der Transparenz hat man sich gegen die Bildung von Ermächtigungsübertragungen entschieden, da diese Maßnahme noch nicht begonnen wurde. Stattdessen sind die Mittel zusätzlich zum bestehenden Ansatz in 2026 für die Folgejahre (je 1 Mio. € in 2027 & 2028) einzuplanen.
Summe der Veränderungen der Verwaltung		-15.000,00	-1.100.000,00	
Berücksichtigte Veränderungen aus politischen Beschlüssen				
Kita Prentzelstr. Auszahlungen für Baumaßnahmen	0650	-2.029.900,00	0,00	Empfehlungsbeschluss des Jugendhilfeausschusses vom 15.04.2026: "Den Mehrkosten zur Errichtung einer dreigruppigen Kindertageseinrichtung und zur Schaffung dringend benötigter Büroflächen in der Immobilie Prentzelstr. 6, wird vorbehaltlich der Beschlussfassung des Rates zur Haushaltsplanung 2026/2027 zugestimmt." Da es sich um eine laufende Maßnahme handelt, ist die Einplanung - um den Baufortschritt nicht zum Erliegen zu bringen - zwingend erforderlich.
Summe der politischen Beschlüsse		-2.029.900,00	0,00	

Maßnahme des Haushaltssicherungskonzeptes 2026 (HSK 2026) zum Stand des Entwurfs mit Differenz zur 1. Veränderungsliste des Doppelhaushalts 2026/2027

Produktgruppe	Vorstandsbereich	Amt/Fachbereich	Maßnahmen-Nr.	Maßnahmenbezeichnung	Startjahr der Maßnahme	HSK 2026 Stand: Entwurf Doppelhaushalt 2026/2027					HSK 2026 (1. Veränderungsliste)					Differenz HSK Entwurf zur 1. Veränderungsliste (+) Verbesserung, (-) Verschlechterung				
						Plan 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029	Plan 2030	Plan 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029	Plan 2030	Differenz 2026	Differenz 2027	Differenz 2028	Differenz 2029	Differenz 2030
0660	VB 3	55	26_55.001	Prüfung Alternativangebote bei der Jugendarbeit/-bildung	2026	347.000	347.000	347.000	347.000	347.000	0	0	0	0	0	-347.000	-347.000	-347.000	-347.000	-347.000